Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1½ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 149. Sonnabend, den 29. Juni 1850.

Mit dem 1. Juli 1850 wird ein neues Abonnement auf unsere Zeitung beginnen. Die geehrten Leser derselben werden ersucht, ihren Pränumerationsschein bald gefälligst in unserer Expedition, **Krautmarkt No. 1053**, erneuern zu wollen. Der Pränumerationspreis für die Zeitung incl. **Provinzial-Anzeiger** beträgt pro Quartal **25** Sgr., für auswärtige Abonnenten 1 Thlr. 1¼ Sgr.

Wer auf den Provinzial-Anzeiger **besonders** zu abonniren wünscht, zahlt **monatlich** in unserer Expedition 1½ Sgr., frei ins Haus geliefert 2½ Sgr.

Insertionen im Provinzial-Anzeiger: **6 Pf.** die Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet.

Die Redaction.

Deutschland.

Berlin, 28. Juni. In der Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums vom 25. Juni wurde u. A. mitgetheilt die Erwiederung des Königl. preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten vom 22sten d. an den hiesigen Königl. hannoverschen Gesandten auf die Mittheilung, mittelst welcher Letzterer die von der hannoverschen Regierung unter dem 7ten d. an die Regierungen des Großherzogthums Oldenburg und der Hansestädte gerichtete Note unterm 12ten d. zur Kenntniß des genannten Königl. preußischen Ministers gebracht hat. In der Erwiederung des Königl. preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten wird namentlich auf die Verwechselung des faktischen und rechtlichen Standpunktes seitens der Königl. hannoverschen Regierung hingewiesen und entschiedene Verwahrung gegen jede Folgerung eingelegt, welche aus den bisher befolgten versöhnlichen Rücksichten der Königl. preußischen Regierung gegen den unverrückbaren Standpunkt des Rechts gezogen worden. Im Uebrigen hat die Königlich preußische Regierung die Beantwortung der hannoverschen Note den Regierungen überlassen, woran dieselbe gerichtet ist; sie zweifelt indeß nicht, daß diese Beantwortung „ein neues Zeugniß dafür ablegen werde, wie das eigene Interesse dieser Länder mit den gemeinsamen Bestrebungen für das Wohl und die Einigung des Gesammtvaterlandes und der Treue gegen übernommene Verpflichtungen Hand in Hand geht."

Die oldenburgische Note, in Erwiederung der hannoverschen, ist vom 13. Juni datirt. Im Eingange dankt sie für diesen neuen Beweis freund-nachbarlicher Gesinnung. Die oldenburgische Regierung werde mit derselben Offenheit ihre Ansicht aussprechen. Sie freue sich der Gelegenheit, mit gewohntem Vertrauen einen aufrichtigen Meinungs-Austausch über den gegenwärtigen Stand der deutschen Angelegenheiten mit herbeizuführen und zu der höchst nothwendigen allseitigen Verständigung nach Kräften beizutragen. Zunächst beklage sie nun aufrichtig, daß die Ansichten Hannovers von den ihrigen wesentlich verschieden seien. Den Andeutungen, als ob Hannover von den Verbündeten nicht mehr als Glied der Union betrachtet werde, tritt die Note entgegen. — Wenn keine weitere Aufforderung zur Betheiligung an den Verhandlungen an Hannover seit dessen Erklärungen vom 21. Februar ergangen sei, so habe dies seinen Grund in der für Hannover fortbestehenden Verpflichtung, beim Bündniß zu beharren. Ueber die Nicht-Einladung des Königs zum Fürsten-Congreß wird die Vermuthung ausgesprochen, daß eben Hannovers Ausscheiden eine Lage veranlaßt habe, die eine Besprechung der Verbündeten nöthig machte. Auf das rücksichtsvolle Verfahren, welches die Nicht-Einladung bedingen konnte, wird hingewiesen. Es konnte der Note nicht schwer werden, die anderen Subtilitäten, welche derselben Ideenreihe angehören, mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Sie hat dies auch nicht versäumt. Die Note geht dann zu allgemeineren Gesichtspunkten über und sagt ferner, die oldenburgische Regierung bescheide sich, die Gründe nicht genügend zu ermessen, welche die hannoversche Regierung seit dem Beginne dieses Jahres dem Bündnisse mehr und mehr entfremdet, aber sie könne dieselben, so weit sie ihr bekannt geworden, sich nicht zu eigen machen. „Die Gründe, welche Oldenburg bewogen, dem Bündnisse beizutreten, sind unverändert dieselben geblieben, welche es auch jetzt noch bei demselben verharren lassen. Es galt damals, wie jetzt, die Erfüllung des erkannten und anerkannten Bedurfnisses der deutschen Nation nach einer lebendigen und kräftigen Einigung und die Verwirklichung der sowohl von der Bundesversammlung, als von den einzelnen Regierungen offen ausgesprochenen Verheißungen, und zwar selbst mit denjenigen gleichmäßig zu bringenden Opfern, welche dieser Zweck und ein definitiver, rechtsbegründeter Zustand erheischen. Die großherzogliche Regierung hat es seiner Zeit mit wahrer und dankbarer Genugthuung erkannt, daß dies auch das Ziel der Königlich hannoverschen Regierung bei Eingehung des Bündnisses vom 26. Mai v. J. war. Blickt man auf den Verlauf der letzten Monate zurück, so ist nichts geschehen, was zum Aufgeben des begonnenen Werkes berechtigen könnte, am wenigsten dessen erste Gründer selbst. Die bekannten Vorbehalte Hannovers und Sachsens vom 28. Mai bezogen sich auf die Oberhaupts-Frage, auf welche beide Regierungen zu seiner Zeit, d. h. nach den Worten der Vorbehalte selbst zur Zeit des versammelten Reichstages, zurückkommen zu müssen glaubten, um dann etwa zu anderweitigen Verhandlungen zu gelangen. Es ist dieser Zeitraum aber nicht abgewartet, sondern schon die Ansetzung und die Berufung der Reichsversammlung als Grund des Abwendigwerdens vom Bündnisse bezeichnet worden." Auf die Vorbehalte wird noch des Näheren eingegangen und nachgewiesen, wie der Beitritt aller Staaten als conditio sine qua non nachträglich aufgestellt ward, während es doch schon damals bekannt war, daß Mehrere, und namentlich Oesterreich nicht beitreten würden. Jene Bedingung sei also eine unmögliche gewesen. Es konnte aber nicht überraschen, wenn der Verwaltungsrath, trotz der Nichttheilnahme einzelner Regierungen, seine Berathungen fortsetzte. Der hannoversche Gesandte war zu dem Rücktritt nicht berechtigt. Hannover war im Gegentheil verpflichtet, das Parlament zu beschicken und ist es noch. Das Bündniß vom 26. Mai wird dann dem Münchener Projekt entgegengehalten. Hannover selbst hat früher das Urtheil über dies letztere gesprochen. Daß es nicht zur Einigung führen könne, wird mit klaren Gründen nachgewiesen. „Wenn nun", fährt die Note fort, „nach allseitiger Uebereinstimmung die der deutschen Nation gegebenen Zusagen gelöst werden müssen, und die Nothwendigkeit gebietet, daß Etwas und daß es bald geschehe, wenn ferner zwei Mittel vorliegen, wovon das eine gleichsam physisch, politisch und rechtlich unmöglich, das andere dagegen nicht allein möglich, sondern rechtlich begründet, von der Königlich hannoverschen Regierung zuerst mit herbeigeführt und empfohlen und zugleich schon zu einer lebensfähigen Reife und Ausbildung gezeitigt, auch durch den Verlauf der deutschen Geschichte seit fast anderthalb Jahrhunderten natürlich herangewachsen und angewiesen ist, so kann die Wahl wohl kaum noch zweifelhaft sein. Und was diesem Wege von unmittelbarer Gedeihlichkeit noch abgeht, das ist, nach diesseitigem Dafürhalten, gerade die Wirkung der Lücke, welche Hannovers Verhalten und nach dessen Beispiel dasjenige Sachsens darin verursacht hat. Wäre diese schmerzliche Lücke nicht entstanden, so möchte der Boden bereits um Vieles geebneter sein und das politische und moralische Gewicht des geeinigten deutschen Nordens würde die Fugen des Baues schon befestigt haben, welche jetzt der deutsche Süden fast gezwungen zu immer tieferen Rissen zu erweitern drohet." Die Note schließt mit der Versicherung, daß die oldenburgische Regierung mit warmem Danke eine nähere Mittheilung von den dortseitigen Ansichten über die Revision der Bundesverfassung entgegennehmen würde. Die Regierung habe bewiesen, daß sie für das allgemeine Wohl Opfer zu bringen wisse, „denn kein anderes Motiv als das Heil der deutschen Gesammtheit hat sie bewegen können, an dem Verfassungswerk des 26. Mai nach bestem Wissen und Vermögen selbst in schwieriger Lage festzuhalten, obgleich sie dadurch zu ihrem lebhaftesten Bedauern nicht nur die ihr überaus wunschenswerthe Ungetrübtheit der Beziehung zur Königl. Regierung gefährdet gesehen, sondern auch die momentanen Antipathien der Opposition im eigenen Lande zu überwinden hat." Die Note ist gezeichnet von Eisendecher.

— General v. Radowitz soll von Erfurt hier eintreffen. Die Staatsregierung wünscht, wie wir hören, die Ansichten desselben, sowie die des Grafen Bernstorff über die obschwebenden Schwierigkeiten in der deutschen Frage zu hören. — Herr v. Radowitz übernimmt bekanntlich jetzt den Vorsitz im Fürstenkollegium der Union.

— Von Seiten der thüringischen Staaten ist dieser Tage die **definitive Constituirung** des Furstencollegiums beantragt worden.

— Die neun Herren in Frankfurt scheinen die Union wieder einmal durch List fangen zu wollen. Wenigstens bringt uns Herr v. Blittersdorf auf diesen Glauben, und Herrn von Blittersdorf dürfen wir doch als das

untrügliche Orakel der neun Herren betrachten. Auf folgende Weise scheint man den Coup ausführen zu wollen. Eine Bundes-Plenarversammlung bilden die neun Herren nicht, meint Hr. v. Blittersdorf, sondern eine Plenar-Versammlung der deutschen Regierungen, die zu bestimmten Zwecken berufen worden. Eine scheinbare Concession an Preußen, aber der Pferdefuß kommt schnell zum Vorschein; die bestimmten Zwecke seien aber, meint Herr von Blittersdorf, die Feststellung der Gesammtverfassung, mithin auch die Bestimmung, in wie weit ein engerer Bund in dieser Gesammtverfassung zulässig sei. Der Plan ist nicht übel. Wäre erst der weitere Bund gegründet, so würde der engere sich vergebens nach einem Platze in demselben umschauen. Die Union wäre wegeskamotirt. Ebenso verwerflich sind die Vorschläge, welche Herr v. Blittersdorf Behufs einer gegenseitigen Ausgleichung macht. Er meint: Die neun Herren sollten, nachdem sie den Namen „Bundes-Plenar-Versammlung" abgelegt, sich als engerer Rath constituiren, aus ihrer Mitte eine Kommission zur Ausarbeitung eines Verfassungs-Entwurfs niedersetzen und sich dann vertagen. Diese Kommission könne sich dann mit Bevollmächtigten der Unionsstaaten in Verbindung setzen, um die gegenseitige Ausgleichung herbeizuführen. Wozu das? Es ist nicht schwer, die Absicht des Herrn von Blittersdorf zu durchschauen. Die neun Herren befinden sich in einer äußerst peniblen Lage, wie breit sie in den Augen der Welt auch thun mögen. Nach den Bestimmungen des Bundes, ihres eignen, vielgeliebten Rechtsbodens, ist ihre Stellung eine durchaus ungesetzliche und sind ihre Berathungen somit auch ungesetzlich. Aus dieser peinlichen Lage möchten die Herren gern befreit sein, und wo möglich ohne Nachtheil für ihre bundestäglichen Pläne, und Herr v. Blittersdorf ist der Mann, welcher den geeigneten Ausweg gefunden zu haben glaubt. Würden die Bevollmächtigten sich mit der vorgeschlagenen Commission in Verbindung setzen, so würden sie auch die ungesetzliche Stellung, welche die neun Herren jetzt einnehmen, gutheißen. Und das Schönste dabei wäre — Herr v. Blittersdorf verschweigt dies natürlich — daß die neun Herren wohl aus einer großen Verlegenheit befreit, die Union aber auch nicht um eines Haares Breite weiter gekommen wäre. An und für sich haben diese Vorschläge keine Bedeutung; sie theilen das Schicksal sämmtlicher Vorschläge des Herrn von Blittersdorf — sie werden zurückgewiesen. Den Umstand dürfen wir aber nicht übersehen, daß die neun Herren nach gerade das Ungesetzliche und Unhaltbare ihrer Stellung zu fühlen beginnen. (Voss. Ztg.)

— Was der großdeutschen Presse an Wahrheit abgeht, sucht sie durch Unwahrheiten und Entstellungen zu ersetzen. So heißt es: Graf Thun habe die Bevollmächtigten Preußens zurückgewiesen, (!) weil ihnen in ihren Instruktionen eine Stellung außerhalb der Bundes-Plenarversammlung einzunehmen zur Vorschrift gemacht werde, während es doch feststeht, daß die preußischen Bevollmächtigten mit jenen der Unionsstaaten ihre Theilnahme an den Berathungen so lange aufschieben zu müssen erklärten, bis an die Stelle der „Bundes-Plenarversammlung" eine freie Berathung getreten sei. Ferner heißt es mit jedem Tage, die preußischen Bevollmächtigten hätten sich um neue Instruktionen nach Berlin gewandt, die neuen Instruktionen seien unterwegs, oder gar schon eingetroffen, während Herr Mathis doch für sich und Herrn v. Peucker von hier aus eine für alle Fälle ausreichende Separatinstruktion mitgenommen hat. An dieser Instruktion ist nichts zu ändern, denn unsere Regierung weiß, was sie will, und was sie bei der Abreise des Herrn Mathis gewollt, das will sie auch jetzt noch. Wir bemerken hierzu noch, daß diese Instruktion mit Nächstem dem Fürstenkollegium zur Einsicht vorgelegt werden soll. Was bis jetzt das Geheimniß Weniger war, wird alsdann in einem größeren Kreise bekannt werden. Unsere Regierung bindet sich dadurch gleichsam — ein Beweis, daß auch für die Zukunft an eine Modifikation dieser Instruktion nicht zu denken ist. Endlich werden über das Verhältniß Preußens zu Baden die seltsamsten Dinge gefabelt. Bald erzählt man, Oesterreich habe gegen die Besatzung Badens durch Preußen Protest erhoben, bald macht man der preußischen Regierung den lächerlichen Vorwurf, sie wolle das 8te Bundes-Armeekorps auflösen u. s. w. Alle diese und ähnliche Behauptungen, welche die großdeutsche Presse täglich zu Dutzenden in die Welt schickt, sind die natürlichen Erzeugnisse Derjenigen, welche eine faule Sache vertheidigen.

— Bekanntlich hat die Staatsregierung nach langen inneren Kämpfen der Aktionäre der sogenannten Cassel-Lippstadter Eisenbahn dem Streit, den freilich die Maaßnahmen der vormärzlichen Administration mit veranlaßten, durch Erwerbung der Bahn für den Staat ein Ende gemacht. Wie man hört, steht die Auszahlung der Kaufgelder, welche in Staatsschuldscheinen und zwar zu dem Kaufpreise von 5 pCt. für eingezahlte 20 pCt. erfolgt, nunmehr endlich in kürzester Zeit zu erwarten. Wahrscheinlich wird die Zahlung durch die Seehandlung in nächster Woche erfolgen. Man muß diesem Kaufpreis gegenüber gestehen, daß Hr. v. d. Heydt für die rheinischen Bahnen besser und schneller gesorgt hat. Die Angelegenheit der Cassel-Lippstädter Bahn fällt vornehmlich der letzten vormärzlichen Periode des damaligen Ministeriums mit zur Last. (Voss. Z.)

— Gestern haben die dänischen Bevollmächtigten der diesseitigen Regierung diejenigen Propositionen übergeben, welche sie am vergangenen Freitag Nachmittag von Kopenhagen gewissermaßen als Ultimatum empfangen haben. Sind gleich, dem Vernehmen nach, diese Propositionen nicht der Art, daß sie eine sofortige Annahme Seitens der preußischen Regierung zu gewärtigen haben, so sollen doch die Unterschiede zwischen denselben und den ursprünglichen preußischen Propositionen nur untergeordnete Bestimmungen betreffen, und es soll nicht unwahrscheinlich sein, daß Dänemark die in diesen Tagen von der preußischen Regierung zu stellenden letzten Forderungen anerkennen wird. Käme so die Einigung zu Stande, so würde der desfallsige Vertrag nur einfach lauten auf Herstellung des Friedens und auf Wahrung der beiderseitigen Rechte, wie sie vor dem Kriege bestanden. (N. P. Z.)

— Die Nachricht von der Garantie des dänischen Gesammtstaates durch Frankreich, Rußland und England taucht an verschiedenen Orten warnend in der Presse auf. Die Mächte haben diese Angelegenheit nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, vorzüglich soll Preußen nichts davon erfahren, allein dem Fürsten Schwarzenberg sind freundschaftliche Winke darüber gegeben worden. Wozu jene Garantie? Die Erklärung liegt nicht sehr fern; denn es ist die Garantie für die Trennung Holsteins von Deutschland. Der Merkwürdigkeit wegen sei es beiläufig erwähnt, daß die Oesterreicher bereit sind, den Preußen eine Last abzunehmen und Holstein mit ihren Truppen zu besetzen. Preußen will jedoch von diesem großen Liebesdienste natürlich keinen Gebrauch machen. Bei einer Abtrennung Holsteins von Deutschland wäre überdem noch ein wichtiger Punkt zu beachten, nämlich die brandenburgische Anwartschaft auf die Staatsgewalt der unirten Herzogthümer nach dem Aussterben des oldenburgischen Hauses. Maximilian I. hat 1517 dem Kurfürsten Joachim I. (vermählt mit Elisabeth, Tochter des dänischen Königs Johann, der auch über Schleswig-Holstein herrschte) jene Anwartschaft auf Holstein ertheilt. Spätere Kaiser haben diese Anwartschaft bestätigt. (V. Z.)

— Das C. B. schreibt: Der vielbesprochene Fall des Buchhändlers Springer scheint nicht allein zu stehen. Dem Vernehmen nach will man das Gesetz, das den Buchhändler für den Inhalt aller von ihm debitirter Schriften verantwortlich macht, mit aller Energie durchführen. Auch die Staats-Anwalte anderer Gerichtsbezirke gehen mit derartigen Anklagen vor. Unter anderen wird in Sorau gegen den Buchhändler Julien in diesen Tagen ein derartiger Prozeß zur Verhandlung kommen. Der bekannte hiesige Vertheidiger Dr. Stieber wird sich zur Assistenz des Angeklagten nach Sorau begeben.

— Trotz der ungemein großen Hitze und der nun schon so lange anhaltenden Dürre ist der Gesundheitszustand von Berlin ein sehr befriedigender. Zu warnen ist nur vor dem Genuß schlechten Obstes, namentlich der schlechten Kirschen. Brechruhren sind einzeln vorgekommen, sonst sind Durchfälle eben nicht häufig, und die herrschenden Leiden fallen mehr unter die Verschleimungen, an denen allerdings viele Personen leiden.

— Nach Nachrichten, welche hier über den Prozeß wider den früheren Abgeordneten Oberbürgermeister Ziegler eingegangen sind, hat der Prozeß am 26. d. M. begonnen, derselbe ist aber an diesem Tage nicht zu Ende gebracht, sondern gestern fortgesetzt worden. Kammergerichtsrath Goltdammer (Abgeordneter zur ersten Kammer) führt den Vorsitz. Als Vertheidiger des Angeklagten ist Hr. Anwalt Dorn erschienen.

— Vom 1. Juli ab wird Dr. R. Haym, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, die Redaktion der Constitutionellen Zeitung übernehmen.

— Der Generalmusikdirektor Meyerbeer hat von der Universität Jena den Doktorhut erhalten.

— Aus dem Regierungs-Bezirk Düsseldorf schreibt man: Die Fabriken aller Art sind im lebhaftesten Schwunge, so daß es zur Befriedigung der Nachfrage häufig an Arbeitskräften gebricht. Namentlich gilt dies von den Tuch-, Eisen- und den Stahlfabriken und der Schlosser-Handwerksstätten im Kreise Lennep 2c., so wie von den Seidenfabriken in Crefeld. In den öffentlichen Seiden-Trocknungs-Anstalten zu Crefeld wurden conditionirt im März 39,863 Pfd. Seide, im April 26,480 Pfd.

— Der K. Z. wird aus Frankfurt vom 24. Juni geschrieben: So eben vernehmen wir hier, daß Jaup wirklich aus dem Ministerium geschieden ist. Der Zusammenhang ist noch nicht bekannt, läßt sich jedoch nach den wiederholten Besuchen des Grafen Thun in Darmstadt, so wie nach der Anwesenheit des Königs von Baiern am Großherzoglichen Hofe unschwer errathen. Auch über die nächsten Folgen herrschen bis zur Stunde nur Vermuthungen; diese gewinnen aber dadurch mehr Colorit, daß man erfährt, das „Plenum" beabsichtige wirklich, jenen Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen zu thun, der in einer Art von Achtserklärung gegen Preußen und dessen Verbündete enthalten sein würde. Jedenfalls erscheint die noch gestern gehegte Hoffnung, daß man sich in kurzer Zeit hier verständigen werde, seit heute sehr verringert. Im „Plenum" soll der Widerwille, mit welchem man das zu plumpe Täuschungsmittel der jüngsten österreichischen Denkschrift über Zoll- und Handelseinheit hierorts zurückgewiesen, viel Bitterkeit erweckt haben. Und doch ist es so natürlich, daß wir uns nicht durch leere Worte und offenbare Gewalt gegen geschichtliche Thatsachen irre führen lassen. — In höheren Kreisen wird heute viel darüber gesprochen, daß Baiern sich weigert, die Matricular-Beiträge für den Festungsbau von Ulm zu zahlen. Herr v. d. Pfordten hat vielleicht geglaubt, daß die „deutsche Gesinnung" der baierischen Regierung noch dieser anderen Schaustellung bedürfe.

Breslau, 25. Juni. Graf Oskar v. Reichenbach ist nach der neuen Oderzeitung in London eingetroffen, und hat dem Kreisgericht zu Oppeln die Erklärung gegeben, daß er sich jederzeit dem dasigen Assisenhof stellen werde.

— Heute Morgen um 3 Uhr wurden von den Mai-Verurtheilten Student Niemtz, Schlehan und Literat Semrau nach Silberberg abgeführt.

Köln, 25. Juni. Ueber den Besuch unserer Stadt Seitens des Königs Max von Baiern erhalten wir noch nachstehende Notiz: „Allen Dombaufreunden möchte die Mittheilung erwünscht sein, daß Se. Majestät König Max von Baiern bei dem gestrigen Besuche unseres Domes huldvoll die Zusage gegeben, die Wiederbelebung des baierischen Dombau-Vereins veranlassen zu wollen. Der Herr Erzbischof, so wie der Dombaumeister und der Präsident des Centraldombauvereins, Herr Justizrath Esser II., machten Se. Majestät auf die durch die Beiträge des baierischen Dombauvereins geförderten und mit dem baierischen Wappen gezierten großartigen Bautheile im nördlichen Nebenschiffe des Langhauses aufmerksam und stellten gleichzeitig die auch von Sr. Majestät dem Könige Ludwig freundlichst aufgenommene Bitte. Somit ist ein lange gehegter Wunsch aller Dombaugenossen erfüllt. Nach allseitiger Besichtigung des Domes und seiner Schätze, unter Begleitung der Mitglieder des Centraldombauvereinsvorstandes, folgten Se. Majestät der Einladung unsers Hrn. Erzbischofs zum Diner, woselbst später eine Deputation des Kölner Männergesangvereins dem Könige eine Serenade zum Abende als Willkommengruß anbot. Se. Majestät dankte dem Verein für diese Aufmerksamkeit, bedauerte jedoch, dies nicht früher gewußt zu haben, um den Abend in Köln zuzubringen; auf der Rückreise werde er den Sängergruß herzlich erwidern. Auch der Herr Erzbischof richtete an den Verein einige Worte des Dankes für die seinem hohen Gaste gewidmete Aufmerksamkeit." (Köln. Z.)

Karlsruhe, 25. Juni. Die Karlsr. Ztg. enthält Folgendes: „Unsere Stadt zeigt heute einen festlichen Anblick. Aus den Fenstern und von den Balkonen der Häuser flaggen Fahnen in den badischen Landesfarben, zum Theil auch in denen des preußischen Landes. Es gilt der Erinnerung an den Tag, da vor einem Jahre die preußischen Truppen ihren siegreichen Fuß in die hiesige Stadt setzten, ihr Befreiung brachten von dem Terrorismus, und sie erlösten von dem Schicksal des Untergangs, welches gerade an diesem Tage Schlöffel, berüchtigten Andenkens, und seine Anhänger ihr zugedacht hatten. Sie konnten es der treuen Stadt nie vergessen, daß sie festhielt in ihrer Gesinnung, daß sie nur mit dem

äußersten Widerstreben dem Drange der Nothwendigkeit sich gefügt hatte. Am Nachmittag sollte das Unwetter sich entladen. Aber der Himmel hatte seine gnädige Hand nicht abgewendet. Zu rechter Stunde ließ er die Erretter kommen, und das Verderben, das die Bösen gesonnen hatten, kam auf ihre eigenen Häupter zurück. Der Erinnerung an diese Gnade des Allmächtigen gilt der heutige Tag, dessen Feier in öffentlicher Weise durch eine Morgenmusik, welche die Musik der Bürgerwehr Sr. Excellenz dem kommandirenden General von Schreckenstein brachte, und durch eine Parade der Bürgerwehr am Nachmittag begangen wurde. Daheim im engeren Kreise der Familie und der Freunde wird wohl das Andenken an die Errettung aus der Schreckenszeit überall gleich herzlich, gleich innig gewesen sein.

Bremen, 23. Juni. Die N. Brem. Z. läßt sich aus Altona vom 21sten d. M. melden: „Was in mehreren Blättern über die Absicht der dänischen Regierung, beim Wiederausbruch der Feindseligkeiten eine Proklamation an das schleswig-holsteinische Heer zu erlassen, verlautet hat, sehen wir uns jetzt im Stande als begründet zu verbürgen. Ueber den wesentlichen Inhalt der Proklamation haben wir aus sicherer Quelle Folgendes erfahren: Die in Schleswig oder in Holstein geborenen Soldaten, welche gleich die Waffen niederlegen und sich entweder zur dänischen Armee begeben oder in ihre Heimath zurückkehren und sich dort ruhig verhalten, sollen allen Militairdienstes entbunden sein, bis nach eingetretenem Frieden die Verhältnisse der Wehrpflicht aufs Neue geordnet worden. Eingeborene Unteroffiziere, welche die obigen Bedingungen erfüllen, können fernerhin in ihrer Stellung verbleiben, oder, falls sie es vorziehen, den Abschied mit Pension erhalten. Offizieren, aus einem der beiden Herzogthümer gebürtig, welche erst nach dem 14ten März 1848 angestellt sind, wird völlige Amnestie zugesichert, wenn sie gleich die Waffen niederlegen und entweder zur dänischen Armee oder auch nach irgend einem Orte in den Herzogthümern gehen, und von da ihre Unterwerfung und den Eid der Treue an den Landesherrn einsenden; es wird ihnen die Wahl gelassen, in ihrer Charge fortzudienen oder den Abschied mit Pension zu erhalten."

Altona, 25. Juni. Für die allgemeinen Wahlen zur ersten ordentlichen Landes-Versammlung, für diejenigen, welche an keinen Census geknüpft sind, beginnt in Altona bereits morgen (den 26sten d.) der Wahlkampf, und mit Ende dieser Woche wird er wohl im ganzen Lande entschieden sein. Von den 50 Abgeordneten, die in dieser ersten Abtheilung der Wahlen gewählt werden sollen, hat Altona nebst Ottensen und Neumühlen zwei zu stellen. Im Ganzen ist Altona, die größte Stadt des Landes, eben nicht wegen seiner glücklichen oder bedeutsamen Abgeordneten-Wahlen renommirt, und wir fürchten, daß es diesem seinem Ruf bei dieser Gelegenheit keinen Abbruch thun wird; denn man wird schwerlich die beiden Candidaten, deren Namen am meisten genannt werden (Bünger und Splett), für Notabilitäten irgend einer Art, geschweige denn für Männer ausgeben, welche ein Gewicht in die Wagschale werfen werden, wo es, wie hier bei der Wahl der ersten ordentlichen Landes-Versammlung in einem kritischen Augenblick, darauf ankommt, die Ehre des schleswig-holsteinischen Namens zu retten, und uns als die zu bewähren, wofür wir uns ausgegeben haben. (Alt. M.)

Holstein, 23. Juni. Gestern wurden in Folge höherer Anordnung die hiesigen beiden demokratischen Turnvereine aufgelöst. (D. Z.)

Apenrade, 25. Juni. So eben sind hier schwedische Hasaren, vom Norden kommend, eingezogen und werden einquartirt.

Dänemark.

Kopenhagen, 21. Juni. Unsere Radikalen sind seit dem 19ten in großer Bewegung, **das dänische Ultimatum ist nach Berlin abgegangen.** Es wird Krieg! jubelt der berauschte Schiffer-Pöbel. Selten mag wohl eine Sprache eine solche Unzahl Fluchwörter enthalten, wie die dänische. Dieses liegt in der eigenthümlichen Art der Zusammensetzung. Ein Kerl verbindet z. B. im Laufe des Streites das Wort Teufel mit allen möglichen Zeitwörtern. Wir sind begierig, zu sehen, ob die Friedenspartei einen entschiedenen Angriff auf die radikalen Minister wagen wird, weil diese das Straßenvolk auf ihrer Seite hat und die Stadt von Truppen entblößt ist. Ueber den Inhalt des Ultimatums habe ich nichts in Erfahrung bringen können, aber man kann versichert sein, es wird die Incorporirung Schleswigs festhalten oder auf die geheimen Artikel des Waffenstillstandes zurückgehen, nach denen, im Falle die Herzogthümer den Waffenstillstand nicht annehmen, die Dänen mit den Schleswig-Holsteinern die Sache auszumachen haben. Wir bemerken den Danomanen jedoch dazu, daß die Herzogthümer ja die Feindseligkeiten nicht angefangen haben, und daß diese Artikel also auf die vorliegenden Verhältnisse keine Anwendung finden können. Es soll nun einmal Krieg sein, weshalb wären auch sonst die Soldaten da? Giebt Preußen nach, wird ein Friede abgeschlossen, so weiß man hier, daß die moralische Kraft der Herzogthümer erschüttert ist, und gedenkt Schleswig nach dem Kriegsrechte zu behandeln. (Köln. Z.)

Kopenhagen, 25. Juni. Die dem Reichstage versprochenen Mittheilungen beschäftigten gestern in geheimer Sitzung die beiden Abtheilungen des gesetzgebenden Körpers. Ueber den Inhalt der unlängst an das Berliner Cabinet gerichteten definitiven Vorschläge erfahren wir Folgendes: Es sind vom dänischen Ministerium zwei Vorschläge aufgestellt worden: 1) Preußen schließt einen einfachen Frieden mit Dänemark; die dänische Armee besetzt Schleswig, und die deutsche Bundesgewalt wird aufgefordert, den legalen Zustand in Holstein herzustellen; der König wird dann eine aus Dänen, Holsteinern und einer überwiegenden Zahl von Schleswigern bestehende Versammlung berufen, um die Propositionen derselben zur Feststellung des künftigen Verhältnisses von Schleswig (und Holstein-Lauenburg) zum dänischen Staate anzuhören; jedoch bleibt die endliche Entscheidung dem Könige vorbehalten. 2) Sollte Preußen nicht geneigt sein, auf diesen Vorschlag einzugehen, so verlangt Dänemark von Preußen die Erfüllung des ersten geheimen Artikels der Waffenstillstands-Convention, wonach die Preußen Schleswig verlassen sollen, wenn die Convention sich in den Herzogthümern nicht durchführen läßt; der König von Dänemark ist dann berechtigt, das ganze Herzogthum Schleswig zu besetzen, jedoch ohne sich fremder Intervention zu bedienen. Die Annahme des letzteren Vorschlages steht natürlicher Weise eher zu erwarten, als daß Preußen auf den ersteren eingehen würde. Die Antwort wird übrigens, wie wir schon früher meldeten, spätestens Donnerstag erwartet. — Die Mittheilungen fanden im Landsthing durch den Minister-Präsidenten Grafen v. Moltke statt; sie wurden mit Befriedigung vernommen und riefen keine Diskussion hervor. Im Volksthing war Clausen Organ des Ministeriums. Die Diskussion dauerte 4 (die ganze Sitzung 6) Stunden; an derselben betheiligten sich besonders Tscherning, B. Christensen und Monrad. — Von einem Rücktritt des Ministeriums ist durchaus keine Rede. (Hamb. C.)

Frankreich.

Paris, 23. Juni. Das „Bulletin de Paris" versichert, daß trotz der gemachten Aufregung in der parlamentarischen Welt und den politischen Kreisen das eigentliche Paris sich in tiefster Ruhe befinde und in dieser durch alle umlaufende Gerüchte sich nicht stören lasse. Der Arbeiter arbeite, der Handelsmann lebe seinen Geschäften, das Vertrauen lebe auf und man hege wegen der Zukunft gar keine Besorgniß. Diese allgemeine Ruhe sei ein treffliches Anzeichen und eine der wichtigsten Thatsachen der gegenwärtigen Lage. Selbst der Socialismus halte sich still; er conspirire und laure auf den Zeitpunkt zum Handeln, für den Augenblick aber erkenne er seine Ohnmacht durch seine Unthätigkeit an. — Die Regierung hat eine Untersuchung darüber angeordnet, ob es nützlich sein würde, in den Straßen, welche längs der Spitaler hinlaufen, das System der Pflasterung durch das Belegen mit Kiessand zu ersetzen. — Am 28. Juni werden im Unterrichts-Ministerium die Stimmzettel des Episcopats für die Wahl der Mitglieder des obersten Unterrichtsraths durch die Bischöfe von Versailles und Beauvais geöffnet. — Hr. Conte, früher viele Jahre lang General-Post-Director, ist zu Straßburg, fast 80 Jahre alt, gestorben. — Pierre Bonaparte hat unter dem Titel „Ein Monat in Afrika" eine Schrift herausgegeben, worin er die aus Anlaß der Belagerung der Zaatcha gegen ihn erhobenen Beschuldigungen mit überzeugender Klarheit widerlegt. — Ueber die schon erwähnten Unruhen zu St. Afrique erfährt man, daß die Gensd'armen beim Auseinandertreiben der Zusammenrottungen zwei Personen verhafteten, welche vom Volke mit Gewalt befreit wurden, wobei es übrigens nicht zu blutigen Thätlichkeiten kam. Der eine Gefangene stellte sich am andern Morgen freiwillig und man befürchtete keine weiteren unruhigen Auftritte.

Paris, 25. Juni. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung fanden zuerst heftige Reclamationen von Seiten vieler Repräsentanten gegen die im „Moniteur" ihnen beigelegte Abstimmung über das Dotationsgesetz Statt. Den Erklärungen des Präsidenten Dupin zufolge hatte der Setzer des „Moniteur" sich bei den Formen vergriffen, und ganze Abschnitte aus zwei verschiedenen, zugleich gesetzt gewesenen Abstimmungen mit einander verwechselt. Unter den Repräsentanten, die auf diese Weise gegen die ihnen beigelegten Vota protestirten, bemerkte man den General de Lamoricière, Victor Lefranc, Lagrange (vom Berge), de Mornay und Andere mehr. Ein Versuch von Lagrange wegen des vom „Moniteur" begangenen Irrthums die Gultigkeit des gestrigen Votums anzugreifen, wurde vom Präsidenten mit der Bemerkung abgewiesen, daß die gezählten blauen Stimmzettel wirklich 308, die weißen 354 betragen haben und damit das Votum constatirt sei.

— Am Donnerstage wohnten etwa 500 Socialisten auf dem Kirchhofe von Montparnasse der Beerdigung eines 80jährigen Mannes bei, der früher Präsident der demokratischen Clubs in der Gemeinde Montrouge war. Als sie das Grab umstanden, hielt ein bekannter socialistischer Restaurateur, Constant, eine der Rede, die mit lauten Vivats für die demokratische und sociale Republik begrüßt wurde. Mehrere andere Personen versuchten zu reden, und endlich wurde die Versammlung so lärmend und ruhestörend, daß der Polizei-Commissair zwei der heftigsten Schreier festnehmen ließ.

— Gestern hat die Polizei 27 begnadigte Transportirte verhaftet, welche sich sämmtlich zu Belleville aufhielten und auf welche sie schon länger ein wachsames Auge hatte. Als die Polizei-Agenten in ihr Versammlungs-Lokal eintraten, waren sie gerade in lebhaften Verhandlungen begriffen. Man hat bei ihnen stark compromittirende Papiere mit Beschlag belegt. (Köln. Z.)

— Nach der „Sentinelle" von Toulon machten dort am 20sten allerhand Vorsichtsmaßregeln, welche in Folge von Befehlen aus Paris ergriffen wurden und mehrere Tage dauern sollten, einiges Aufsehen. Sie stehen mit den in einigen Clubs ausgeheckten Planen in Verbindung, welche übrigens gar keine ernstliche Besorgniß einflößen. Die „Sentinelle" fordert die Arbeiter des Var-Departements und besonders die von Toulon auf, den Demagogen, deren Verführungen ihnen schon so vielen Verlust zugezogen hätten, fortan kein Gehör zu schenken.

— Der „Corsaire" sagt: In England, wo es keine Professoren des Socialismus giebt und keine Personen, welche gezwungene Associationen verlangen, bestehen 14,000 Gesellschaften für gegenseitigen Beistand, welche zusammen ein jährliches Einkommen von 70 Millonen Fr. und ein angesammeltes Capital von 160 Millionen Fr. besitzen. In Frankreich, wo der Socialismus seine Doctoren, seine Apostel, seine Journale und seine Tribüne hat, giebt es ungefähr 30 Associationen von Köchen, die keineswegs sehr einträchtig sind und bloß geborgte Bratpfannen, so wie zahlreiche Schulden besitzen.

— Zu Marseille waren am 21. Juni sehr besorgliche, zum Glücke aber stark übertriebene Gerüchte von einer Aufstands-Bewegung in Algerien, Proklamirung der Republik zu Oran, Uebertritt eines Regiments zu den Aufständischen rc. verbreitet; man fügte bei, daß General Pelissier, Gouverneur der Provinz Oran, alle verfügbaren Truppen sammele, um gegen die Rebellen zu ziehen. Nach zuverlässigen Berichten ist das Wahre an diesen Gerüchten, daß man, in Folge von Fingerzeigen aus Paris, zu Oran eine socialistische Verschwörung entdeckt hat, welcher sich angeblich eine gewisse Anzahl Militairs, 30 Unteroffiziere nämlich und einige Offiziere, angeschlossen hatten. Die Sache scheint mit den jüngst beabsichtigten Bewegungen in Frankreich im Zusammenhange zu stehen. Man hofft übrigens, daß nähere Untersuchung die Zahl der betheiligten Militairs als geringer herausstellen werde.

Italien.

Rom, 19. Juni. Se. Heil. der Papst hat den Baron Wilhelm von Kalbermatten in seinen Dienst als Brigade-General und Kommandanten der Leibregimenter aufgenommen.

— Nach einem Privatschreiben aus Rom hat der Papst eine große Anzahl von Orden nach Paris gesandt, um an die verschiedenen Staats-

beamten, die sich um die römische Regierung verdient gemacht haben, vertheilt zu werden.

Rom, 18. Juni. Daß sich die Zeiten auch hier gar sehr geändert haben, wer wüßte das nicht? Dessenungeachtet ist bemerkenswerth, daß der gestern wiedergekehrte Jahrestag der Erwählung Pius IX. ohne alle Festdemonstration Seitens des Volks vorübergegangen ist. Ja die Polizei war in Kenntniß gesetzt, es sollten mit einbrechender Dunkelheit auf dem Quirinal Ruhestörungen versucht werden. Da sie indessen ihre Patrouillen und Wachen verdreifacht hatte, so unterblieben die Tentative. Dagegen war es den Priesterfeinden gelungen, gestern in aller Frühe das erste der Notariate des Generalvikars Kardinal Patrizzi's an dem Marsfelde zu erbrechen und die darin aufbewahrten Papiere und Dokumente in Brand zu stecken und kostete es viele Mühe die anstoßenden Bureaus des Vikariats den Flammen zu entreißen. Auch wurden vorgestern und gestern Abend etwa zwanzig in dem Geruche von Schwarzen stehenden Eigenthümern von Kaffeehäusern und andern Etablissements die Fenster mit Steinen eingeworfen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß viele französische Soldaten den Römischen Tumultuanten bei dergleichen Demonstrationen immer mehr behülflich zu werden anfangen. Ein Offizier versicherte mir, fast täglich müßten Disciplinarstrafen deßhalb verhängt werden. Nicht ohne Grund ist man für übermorgen wegen der Erhaltung der Ruhe besorgt. Denn der Papst hat auf Bitten des Klerus in der Basilika Santa Maria in Trastevere ein feierliches Todtenamt für alle Soldaten der vier katholischen Interventionsmächte angeordnet, welche für die Restauration des weltlichen Papstthums gefallen sind. Zugleich soll dabei der am 2. Mai v. J. in dem anstoßenden Kloster St. Kalisto erschossenen Priester als Märtyrer für die Sache des Statthalters Christi gedacht werden. Auf übermorgen fällt auch die Vigilie der Krönungsfeier Pius IX. Am Jahrestage derselben sind alle Proletarier Roms schon heute durch den Almosenier Sr. Heiligkeit nach dem großen Cortile des Vatikans mit Frau und Kind zu einer Geldspende eingeladen. Jedes Familienglied erhält einen Grosso (etwa 2½ Sgr.), schwangere Weiber das Doppelte. — Vorgestern vermählte sich hier Don Giulio Torlonia, (Duca di Poli) mit der Fürstin Teresa Chigi. Er ist bekanntlich der einstige Erbe des Fürsten Alessandro Torlonia, des reichsten Mannes in Italien. (Voss. Z.)

Mailand, 16. Juni. Morgen werden wieder zwei Soldaten, die sich arge Subordinationsverletzungen zu Schulden kommen ließen, erschossen. Beide sind abgestellte Honveds. Es finden überhaupt hier seit einiger Zeit eine Menge derartiger Vergehen statt, die eine so außerordentliche Strenge hervorrufen. Um Piacenza werden 16 neue Forts gebaut, deren jedes 150—200 Mann fassen kann. Die Kosten hierzu sind auf 1½ Millionen berechnet. — Die Herzogliche Familie Litta soll die Erlaubniß erhalten haben, nach Oesterreich zurückzukehren. — So eben vernimmt man, daß in Lecco vor einigen Tagen ein österreichischer Offizier eines Grenzregiments mitten in der Stadt am Platze ermordet gefunden worden sein soll. (C. B.)

Spanien.

Madrid, 17. Juni. Die „Patria" behauptet, die Cortes werden am 24. d. M. wieder eröffnet werden.

Madrid, 18. Juni. Der Herzog und die Herzogin von Montpensier werden erst nach der Entbindung der Königin von Spanien Madrid verlassen. — Vierzig bewaffnete Individuen haben gestern ein Dorf in der Nähe von Madrid überfallen, die dort wegen veschiedener Verbrechen gefangen gehaltenen Personen in Freiheit gesetzt und eine Art von Fahne aufgesteckt. Es wurden sofort Truppen nach diesem Orte geschickt; der dortigen Bürgergarde und mehreren Bauern war es jedoch gelungen, die Bande zu zerstreuen und 32 der Räuber gefangen zu nehmen. Unter den Gefangenen soll sich ein carlistischer Oberst befinden.

Großbritannien.

London, 25. Juni. Aus den sehr ausführlichen Beschreibungen der Tauffeierlichkeiten theilen wir mit, daß Prinz Albert die Feldmarschallsuniform mit dem Hosenband-, dem preußischen schwarzen Adler- und andern Orden, der Prinz von Preußen die preußische Uniform mit der Kette des schwarzen Adlerordens trugen. Die Trinksprüche, welche nach dem Mahle ausgebracht wurden, galten dem jungen Prinzen, dem Prinzen von Preußen, und endlich der Königin und ihrem Gemahl. Der Täufling erhielt die Namen Arthur Wilhelm Patrick Albert.

— Die mit der „Asia" gekommenen Nachrichten aus New-York lauten bedenklich, da man wegen der Cubanischen Frage einen Krieg mit Spanien befurchtet. Es war zu einem scharfen Notenwechsel gekommen. Ein spanischer Kreuzer soll eine amerikanische Brigg mit Auswanderern nach Californien genommen und nach Havanna aufgebracht haben. Der amerikanische Consul soll sogleich protestirt und der General-Capitain nach Lesung des Protestes ihn haben festnehmen lassen. Nach dem „Newyorker Herald" herrschte die größte Gährung, und das ganze Geschwader der Vereinigten Staaten soll Befehl erhalten haben, Cuba zu blokiren. In einer am 9ten d. gehaltenen Cabinets-Versammlung zu Washington soll man sich mit einer Kriegserklärung beschäftigt haben, und man sprach von einer desfallsigen Botschaft an den Kongreß. Andere Blätter halten die ganze Geschichte für eine Erdichtung. Auch zwischen Portugal und den Vereinigten Staaten soll die Spannung groß sein. Der amerikanische Gesandte, Herr Clay, wird aus Lissabon zurückerwartet. Eine dem Congreß vorzulegende Botschaft soll Zwangsmaßregeln gegen Portugal wegen verweigerter Geldforderungen in Aussicht stellen.

Rußland und Polen.

Warschau, 22. Juni. Ein so eben veröffentlichter kaiserl. Ukas, welcher vom Minister-Staatssekretair für das Königreich Polen, Turkull, kontrasignirt ist, verbietet von jetzt an sämmtlichen aus der Staatskasse besoldeten Beamten des Königreichs Polen, so wie allen unbesoldeten Applikanten und Diätarien, welche bei einer Staatsbehörde arbeiten, ohne vorhergegangene Erlaubniß der betreffenden Behörde zu heirathen. Die Beamten der ersten bis sechsten Klasse müssen beim Administrationsrathe des Königsreichs, die der siebenten bis zehnten Klasse bei den betreffenden Regierungs-Kommissionen oder bei den von diesen abhängigen Oberbehörden, und alle niederen Beamten bei der Behörde, von der sie ihre Anstellung erhalten, um Erlaubniß zum Heirathen einkommen. Bei solchen Heirathsgesuchen werden die betreffenden Behörden vorzüglich darauf ihr Augenmerk richten, daß der Bittsteller durch Eingehung der Ehe seine Stellung nicht verschlimmert. Beamte, welche ohne Erlaubniß heirathen, werden ihres Amtes entsetzt. Die Geistlichen, welche ohne einen von der betreffenden Behörde ausgestellten und ihnen vorgelegten Erlaubnißschein einen Beamten trauen, verfallen der nach §. 21 des Ehegesetzes vom 28. Marz 1836 festgesetzten Strafe.

Türkei.

Ueber den in Bulgarien ausgebrochenen Aufstand vernehmen wir über Belgrad und Semlin folgendes Nähere: Nicht gegen die Kaiserliche Pfortenregierung ist derselbe gerichtet, die veranlassende Ursache desselben sind lediglich die Bedrückungen der Pfortenbeamten. Der Pascha selbst ist von dieser Ueberzeugung durchdrungen und daher für versöhnliche Schritte gestimmt. Uebrigens bestätigt sich die Einnahme von Belgradzicz. Nach einem anscheinenden etwas übertriebenen Berichte der zu Agram erscheinenden Narodne novine wären etwa 200 Ortschaften mit 40,000 kriegsfähigen Männern aufgestanden. Die Provinz sei von türkischem Militair entblößt, da Omer Pascha mit dem größten Theile der disponiblen Macht nach Bosnien aufgebrochen sei; auch betrage die türkische höchstens ein Zehntel der gesammten Bevölkerung der Bulgarei. Die Bulgaren sind Slaven und gehören zum illyrischen Sprachstamme, weshalb die Theilnahme, womit die südslavischen Blätter die Kunde von diesem Aufstande entgegen nehmen, erklärt wird. (Bresl. Ztg.)

Semlin, 21. Juni. (Tel. Corr. B.) Die Häupter des bulgarischen Aufstandes sind zu Belgradczicz zusammengetreten und haben ihre mäßigen, der Pfortenregierung vorzulegenden Forderungen formulirt. Griechische Mönchsgeistlichkeit ist bei der Erhebung betheiligt. Man erwartet baldige Beilegung.

Vermischte Nachrichten.

Stettin, 28. Juni. Am 25sten d. M. wurde in der hiesigen Jakobi-Kirche das jährliche Missionsfest für die Heiden abgehalten, das eine große Schaar in den Räumen der Kirche versammelte. Herr Prediger Moll hielt die Liturgie und ein ebenso herzliches als kräftiges Schlußgebet, Herr Pastor Schenk aus Wollin die Predigt über Röm. 10, 8—18. Was gehört zur Mission? Das Wort, der Glaube und die Predigt. Herr Superintendent Lentz aus Wangerin zeigte das Wesen der Mission aus einer Erweckung, welche vermittelst des Missionars der Brüdergemeinde, Christ. Rauh, bei nordamerikanischen Indianern hervorgerufen war, in drei daraus hergeleiteten Bildern; daran knüpfte er noch interessante Bemerkungen aus dem Leben Gützlaffs. (Es wäre wünschenswerth, wenn sowohl dies, als das sonst von Gützlaff Gehörte von einem mit der Sache Vertrauten zusammengestellt würde, so vollständig als möglich.) Besonders lebendig und anregend war die Ansprache des früheren Seminaristen von hier, des Missionars Krause vom Berliner Missions-Seminar, der nächstens nach Süd-Afrika gehen wird. Er empfahl sich der Fürbitte seiner Landsleute. —

Stettin, 28. Juni. Am 26sten und 27sten d. Mts. fand wie alljährlich hier eine Pastoral-Conferenz statt. War die Theilnahme durch die Zahl (es mochten etwa 50 Anwesende sein) auch nicht so groß wie in früheren Jahren, so waren doch die Besprechungen ebenso lebendig und bruderlich, als praktisch und gründlich. Man bewegte sich diesmal, was auch der Hauptzweck solcher Conferenzen sein muß, ganz auf dem praktischen Gebiete. Herr Superintendent Oelgarte aus Löckenitz beantwortete in einem erschöpfenden Vortrage die erste Frage: Welche Stellung hat die Kirche den neu sich bildenden Secten gegenuber einzunehmen? Als solche Secten wurden besonders die Wiedertäufer, die Altlutheraner, die Irvingianer und die freien Gemeinden bezeichnet. Man hielt die Predigt des Wortes und Bibelstunden nicht für ausreichend, den künstlichen Machinationen der Verführer und Irrlehrer zu begegnen; man müsse mehr durch die Presse dagegen wirken, man musse das innere Band zwischen Seelsorger und Gemeinde befestigen, sich nicht auf das Pflichtmäßige im Amte beschränken, mehr thun, als bloß predigen. Schließlich einigte man sich im Blick auf die Altlutherischgesinnten in unserer Provinz zu einer Bitte an das Königl. Consistorium, in einer offenen Erklärung an die Gemeinden den in Pommern noch bestehenden Rechtsbestand der lutherischen Confession und seine Stellung zu derselben kund zu thun. Die Besprechung dieser Angelegenheit füllte den ersten Tag der Versammlung aus. Am 27sten d. leitete Herr Superintendent Meinhold aus Daber durch einen umfassenden Vortrag die Fragen ein: Was kann von Seiten der Geistlichen geschehen, um den Eingriffen entgegen zu wirken, welche das Besitzthum der Kirche durch Besteuerung der Diener derselben bedrohen? Man wies nach, daß die durch das Landrecht und die Vocationen gesicherten Einnahmen der Geistlichen durch die beliebte Ablösung der Reallasten und die Steuern wider Recht und ohne alle Entschädigung beeinträchtigt würden, abgesehen von den Verlusten, die der Geistliche an der Qualität der ihm gebuhrenden Lieferungen und an Stolgebühren, welche Verluste nicht unbeträchtlich sind, erleiden. Solle das Gehalt besteuert werden, so müsse auch die Einnahme sicherer gestellt werden, als bisher geschehen sei. Als Mittel gegen diese Beeinträchtigung wurden genannt: Einwirkung auf die öffentliche Meinung durch die Presse, Ueberreichung einer beschlossenen Denkschrift und Petition an das Hohe Ministerum für die innere kirchliche Angelegenheit und den Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten um den versprochenen Schutz in dem bisherigen Rechte durch das Königliche Consistorium, Mittheilung dieser Bedenken an die Geistlichen anderer Provinzen, sie zu gleichem Schritte zu veranlassen, möglichste Verständigung mit den Deputirten beider Kammern, welche ein Interesse für die Kirche haben, Vorstellung an die Patronate und Kirchenvorstände über die den Gemeinden hieraus erwachsenden Nachtheile u. s. w. Es wurde ein Comité erwählt, um diese Angelegenheit weiter zu berathen und einzuleiten. Den protokollarischen Bericht über diese Conferenz wird ausführlicher das Evangelische Kirchenblatt Pommerns bringen.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert von Preußen sind heute, nach abgehaltener Inspektion hier und in Swinemünde, wieder nach Berlin zurückgereist.

Swinemünde, 27. Juni. Nachdem gestern Vormittag, von einem Dampfschiff bugsirt, 4 Kanonenböte von Stettin hier angelangt waren, kam Abends um halb 11 Uhr Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert von Preußen hier an, um heute die Korvette Amazone und die Kanonenboote zu inspiziren.

— In diesen Tagen werden die Kaiserlich russischen Kriegsdampf-Fregatten Bogatyr und Chabry hier erwartet, um den Prinzen Peter von Oldenburg und die Großfürstin Helene hierher zu bringen.

— Bei uns trafen trotz des schönen Wetters bis jetzt wenige Badegäste ein, wogegen Heringsdorff ziemlich stark besucht ist. (D. R.)

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat 1½ sgr.; frei in's Haus: 2½ sgr.

Provinzial-Anzeiger.

Insertionspreis 6 pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 149. Sonnabend, den 29. Juni. 1850.

Insertionspreis 6. Pf. für die dreispalt. Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet.

Einpassirte Fremde.

Den 27. Juni.

Hotel de Prusse. Kaufleute Limburger aus Leipzig, Starck, Rogerson aus London, Aue aus Frankfurt; Prediger Bluth aus Petznick, Herzberg aus Greiffenberg; Rentier Grüneberg, Lieutenant Leumann aus Berlin; Landrath Selchow, Gräfin v. Bülow, Frau v. Scheel aus Posen; Wasserbau-Inspektor Kuhn a. Stralsund; Gutsbesitzer v. Luck aus Rügen.

Hotel de Petersbourg. Se. Königl. Hoh. Prinz Adalbert v. Preußen, Kammerherr Graf v. d. Gröben, Adjutant Schirmacher, Staatsrath Richter aus Berlin; Gutsbesitzer v. Leiningen aus Zellendorff; Kaufmann Priem aus Frankfurt a. O.

Drei Kronen. Kaufleute Wiener, Czapsky aus Posen, Ahlemeier, Hirschfeld, Schindowski aus Berlin, Bohm aus Graudenz, Cruse aus Bordeaux; Prediger Voigt aus Janzen; Rentier Thommen a. Berlin; Maurermeister Chevalier aus Breslau; Bürgermeister Pieck aus Fiddichow; Madame Voigt aus Erfurt, Sperling aus Greiffenberg, Wolckowitz aus Posen; Dr. Vick aus Rostock; Partikulier Timme aus Danzig; Beamter Merdig a. Bromberg; Rittmeister Sircks aus Woldenberg; Student Spilcker aus Halberstadt; Uhrmacher Müller aus Freiberg.

Hotel du Nord. Kaufleute Hoffmann aus Riga, Homeyer aus Braunschweig, Meyer aus Hindenburg, Landmann, Salomon aus Berlin.

Wahl zum Gewerbe-Gericht.

Mit Bezug auf die Bekanntmachung des Magistrats vom 29sten v. Mts. — siehe Provinzial-Anzeiger No 126 und General-Anzeiger No. 128 — lade ich die Wähler des zweiten Wahl-Kreises aus der Klasse der Arbeitgeber zur Wahl von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern für das Gewerbe-Gericht hierdurch auf

Donnerstag den 4. Juli, Vorm. 10 Uhr, im großen Rathssaal

ein, und erwähne, daß zur Wahl nur diejenigen Wähler gelassen werden können, welche in der Wähler-Liste verzeichnet sind. Die Liste liegt von heute acht Tage lang in der Registratur des Magistrats zur Einsicht auf. Stettin, den 21sten Juni 1850.

Hellwig, Stadtrath.

Entbindungen.

Die glückliche Entbindung seiner lieben Frau von einem gesunden Knaben zeigt Verwandten und Freunden hiermit an H. G. Kluge.

Stettin, den 27sten Juni 1850.

Brieflicher unterricht in der Stolze'schen stenographie.

An diesem vom unterzeichneten in vielen zeitungen angekündigten unterrichte hat bereits eine bedeutende anzahl von herren theilgenommen. Die unterrichtsbriefe (welche „so eingerichtet sind, dass es unmöglich ist, dass ein aufmerksamer leser die schrift aus denselben nicht erlernt," sind in der offizin des herrn Draeger elegant gedrukkt und mit lithogr. tafeln versehn Es werden wöchentlich 2 (montags und donnerstags) unter kreuzcouvert durch die post „frei" versandt. Das honorar für den ganzen unterricht beträgt nur 1 fr d'or. So oft einsendungen des honorars geschehen, erfolgt am je nächsten versendungstage die beförderung des ersten briefes. Die stenographie ist sodann, vom tage der meldung an, in 8 wochen vollständig erlernt. — Die Stolze'sche stenographie ist eine streng auf die laut- u wortbildungslehre der deutschen sprache gegründete und daher vollkommnere schrift als die gewöhnliche und 5 mal so kurz wie diese: sie ist das adaequate bild der deutschen sprache; in ihr ist der deutsche sprachbau gleichsam durchsichtig geworden, indem sich jedes element des wortes dem auge auf den ersten blikk in seiner eigenthümlichkeit darstellt; es ist die erfindung einer richtigeren schrift für die deutsche sprache absolut unmöglich. Die kenntniss dieser schrift gewährt eine besondre befriedigung und macht uns unsre vortreffliche sprache, indem sie das rechte verständniss derselben uns erschliesst, erst recht lieb und werth Aus alledem geht aber mit nothwendigkeit hervor, dass sie in kurzer zeit gemeingut aller gebildeten Deutschen werden und der deutschen sprache, als der einer so vollkommnen, so kurzen schrift allein fähigen, unter allen gebildeten nationen je länger je mehr freunde erwerben werde! Sie hat sich auch als die beste kammerstenographie bewährt. Die herren, welche die unterrichtsbriefe beziehen, erhalten ein für sie eigens mit stenographischen typen gedrukktes, sehr schätzbares werkchen, eine übersetzung des englischen „Daily bread from the word of God". Berlin, den 21. Juni 1850.

Der stenograph **Karl Jakobi,**
im institut, köln. fischmarkt 2.

Verkaufe unbeweglicher Sachen.

Ich beabsichtige, meine an der Oder liegende Wassermühle nebst den zugehörenden Grundstücken meistbietend zu verkaufen, und habe dazu einen Termin auf den 5ten August dieses Jahres, Vormittags 10 Uhr, in meinem Hause angesetzt, wozu ich Kaufliebhaber hiermit einlade.

Schöningen, zwischen Stettin und Garz, den 24sten Juni 1850.

Wittwe Pfuhl.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Feinsten Ingwer-Liqueur

empfiehlt die Liqueur-Fabrik von
C. H. Homann, gr. Domstr. No. 668.

Vermiethungen.

Ein Parterre-Lokal, sich besonders zu einem Comtoir eignend, ist sogleich zu vermiethen. Näheres in der Expedition d. Blattes.

☞ Ein Pferdestall für fünf Pferde nebst Futtergelaß, hell und trocken und an der Straße gelegen, und eine Wagenremise sind sogleich zu vermiethen Magazinstraße No. 257.

☞ Zwei Stuben, wovon eine sich zum Comptoir eignet, sind zum 1sten August zu vermiethen Speicherstraße No. 69 a.

Anzeigen vermischten Inhalts.



Das Dampfschiff Königsberg

wird am 30sten Juni, früh 6 Uhr, mit Passagieren und Gütern von hier nach Königsberg i. Pr. expedirt.

Nach Swinemünde werden Personen zu 1 Thlr. auf dem 1sten Platze befördert.

Expedition des Dampfschiffes Königsberg.

Hermann Schulze.

Provinzielles.

Stralsund. Es ist in öffentlichen Blättern mehrfach die Rede davon gewesen, daß das Kriegsfahrzeug, zu dessen Erwerbung der Frauenverein in Berlin sich bemüht hat die Mittel aufzubringen, hier, in Stralsund, gebaut werden solle. Wenn auch bis jetzt dieserhalb ein bestimmter Beschluß nicht gefaßt ist, so hat doch jene Hoffnung große Wahrscheinlichkeit auf baldige Verwirklichung. Durch briefliche Nachrichten aus Berlin sind wir in den Stand gesetzt, über die gegenwärtige Lage des ganzen Unternehmens folgendes mitzutheilen:

Durch angestrengte, fast zweijährige Bemühungen der „Frauen-Vereine zur Erwerbung eines vaterländischen Kriegsfahrzeuges von Potsdam und Berlin", durch Sammlungen, durch Lotterien, Concerte, besonders durch die in Berlin veranstaltete große Privat-Landes-Lotterie ist es gelungen, eine Summe von 23,000 Thlrn. zusammenzubringen, welche in der Berliner Bank deponirt ist. Der ursprüngliche Plan war ein Fahrzeug von 20 bis 22,000 Thlrn. zu bauen. Da die Beiträge aber so über alle Erwartung reichlich einflossen, und da der Chef unserer jungen Marine, der Prinz Adalbert, den Riß eines holländischen Schooners als eines für unsere angehende Marine besonders geeigneten und nützlichen Fahrzeuges anempfahl, so erweiterte man den früheren Plan, in der Voraussicht, durch fernere Privat-Sammlungen auch die noch fehlende Summe aufbringen zu können. Die Kosten eines solchen Fahrzeuges werden incl. der Segel und Tackellage sich auf 30- bis 32,000 Thlr. belaufen, ohne die Armirung von c. 12,000 Thlrn., welche von dem Kriegsministerium zugesagt ist. Da dasjenige Mitglied des Frauen-Vereins, welches den ersten Anstoß zu dessen Bildung gegeben hat, Pommern angehört, so hatte sich auch von vorn herein die Absicht geltend gemacht, zum Bau des Fahrzeuges einen Platz unserer Provinz zu wählen. Während Stettin und Greifswald aber fast gleichgültig gegen das Unternehmen blieben, erwies sich die Theilnahme in Stralsund und Wolgast so groß, daß der Verein nun wünscht, in einer dieser beiden Städte den Bau ausführen zu lassen. Wolgast hat überdies einen Zuschuß von 1500 Thlrn. angeboten, im Fall das Fahrzeug dort gebaut würde, und auf die Erklärung des Vereins, daß man von dem Platze, dem der Bau anvertraut wird, eine Beihülfe von 3000 Thlrn. erwarte, ist man dort bemüht gewesen, auch diese Summe zu sichern. Einen gleichen Beistand hofft man nun auch von Stralsund, falls der Bau hier ausgeführt werden sollte, und es hängt der weitere Beschluß jetzt von den Bedingungen und dem Kosten-Anschlage der Schiffsbaumeister in beiden Orten ab. Die Risse, von dem Schiffsbaumeister Schüler in Stettin entworfen, befinden sich gegenwärtig bereits in Wolgast und werden binnen Kurzem von dort hierher gesandt werden.

Der günstige Fortgang, welchen das erste, eben berührte Unternehmen des Frauen-Vereins gefunden hat, hat in diesem den Gedanken entstehen lassen, die Hand an ein zweites Werk zu legen, an die Gründung einer Anstalt zur Unterstützung kranker und durch Unglücksfälle zu weiterem

Dienst unfähig gewordener Matrosen, wobei man sich keineswegs auf die Seeleute der Marine allein beschränken wird, sondern eben so sehr auch die Matrosen der Handelsschiffe berücksichtigen will. Es ist bereits eine Summe von 500 Thlr. als eiserner Fond zu dem Zwecke gezeichnet, und damit der erste Grund zu dem Werke gelegt, dessen nächste wohlthätige Folgen wahrscheinlich auch unserer Provinz, vielleicht unserer Stadt zu Gute kommen werden. Denn es ist die Absicht, in derjenigen der beiden oben genannten Städte, welcher der Bau des Kriegsfahrzeuges vorenthalten würde, die Unterstützungsanstalt zu gründen. „Wenn Stralsund also, — so heißt es in einem uns vorliegenden Schreiben aus Berlin, welches den Plan entwickelt — für einen Beistand von 3000 Thlr. der Bau des Schiffes zugestanden würde, so würden wir Wolgast die Unterstützungsanstalt als Ersatz vorschlagen, jedoch mit der Bedingung, daß die uns dort für das Fahrzeug zugesagte Summe auch zur Gründung dieses zweiten Unternehmens bewilligt würde. Erhielte aber Wolgast den Bau, so würden wir ein gleiches Anerbieten unter gleichen Bedingungen der Stadt Stralsund machen." Jedenfalls wird also unsere Stadt aus der Thätigkeit des Frauenvereins ihren Gewinn ziehen, und muthmaßlich den größeren, wenn in ihr das zweite projektirte Unternehmen ins Leben gerufen würde. Vor Allem kommt es nun aber darauf an, daß man hier die Hände nicht in den Schoß lege, sondern das Eisen schmiede, so lange es noch warm ist. (B.-Bl. f. Np. u. R.)

Naugard, 21. Juni. Am heutigen Tage wurde die Schwurgerichts-Sitzung für die Kreise Naugard, Greiffenberg, Rugenwalde, Cammin und die Insel Wollin in dem Saal des aus dem hiesigen Kämmerei-Vermögen neu erbauten Kreisgerichts unter dem Vorsitze des Appellationsgerichtsrathes Becker eröffnet. Es lag heute die Untersuchung wider den Domainenrentmeister Duchateau aus Friedrichswalde wegen Majestäts-Beleidigung vor. Das allgemeine Interesse an der Persönlichkeit des Angeklagten hatte eine bedeutende Zahl von Zuhörern herbeigezogen. Der Angeklagte, vertheidigt durch den Rechtsanwalt Wilke von hier, richtete den Vertheidigungsbeweis dahin, daß die Zeugen, welche die incrimirten Aeußerungen bekundeten, theils wegen ihrer persönlichen Animosität gegen den Angeklagten, theils wegen ihrer mangelhaften geistigen Bildung keine erhebliche Glaubwürdigkeit hätten; andererseits waren eine Menge von Zeugen aus den dem Angeklagten untergebenen Schulzen und seinen nächsten Freunden zur Stelle gebracht, welche bekundeten, daß der Angeklagte um die Zeit der angeblich ausgesprochenen Majestäts-Beleidigung in Wort und That sich als einen eifrigen Patrioten gezeigt hatte. Die Staatsanwaltschaft, vertreten durch den interimistischen Staatsanwalt Laue, trug bei zwei Punkten auf Freisprechung an, und hielt die Anklage nur bei einem Punkt aufrecht. Der Vertheidiger verfocht mit Eifer und Geschick die Rechte des Angeklagten. Das Resumé des Präsidenten war ausgezeichnet durch Klarheit und Unparteilichkeit. Nach kurzer Berathung verkündete der Vorsteher der Geschworenen das einstimmig ausgesprochene „Nichtschuldig" bei allen drei Punkten. Demgemäß hatte das Richter-Collegium, außer dem Vorsitzenden aus dem Kreisgerichts-Director Mauß, den Assessoren de Niem, Bucher und Wendlandt bestehend, nur noch die Freisprechung zu verkünden. (Starg. Bürg.-Z.)

Vermischtes.

Danzig, 25. Juni. Zwei Sträflinge der hiesigen Strafabtheilung, welche zu resp. 15 und 10 Jahren Festungsstrafe verurtheilt waren, sind in der Nacht vom 19. auf den 20. d. M. unter eigenthümlichen Verhältnissen aus dem Garnison-Lazareth entsprungen. Beide hatten sich so gut krank zu stellen gewußt, daß der Arzt ihre Unterbringung in das gedachte Lazareth verordnete. Hier verschafften sie sich durch die eisernen Fenstergitter, indem sie die Stäbe alle auf eine Seite bogen, einen Ausweg auf den Hof des Gebäudes und von da über die Mauern ins Weite. Einer der Sträflinge, der an Lähmung des Körpers leiden wollte, hatte zum Ueberfluß oder vielmehr zum Hohn für den getäuschten Arzt, die ihm gegebene Krücke auf dem Tische des Krankenzimmers aufgerichtet. (D. D.)

— Der Literat Arthur Müller, welcher in contumaciam zu 6 Monaten Gefängnißstrafe verurtheilt worden, ist in Folge eines Beschlusses des Gerichtshofes am Tage nach der Contumacial-Verhandlung verhaftet worden, was bisher bei einer Strafe unter einem Jahre und nach einem Contumacial-Urtel, nicht erfolgte, wogegen dem Verurtheilten doch immer noch das Rechtsmittel der Restitution zusteht. Obgleich es gewöhnlich nicht vorzukommen pflegt, daß die Verhaftung schon bei 6 Monaten Strafe eintritt, so liegt dies Verfahren doch nicht außer dem Gesetz, da nach den Vorschriften der Kriminal-Ordnung auch dann die Verhaftung eines weniger als zu einem Jahre Strafe Verurtheilten erfolgen kann, wenn gegründete Besorgnisse von einer etwanigen Flucht desselben vorhanden sind. Außerdem aber sollen auch gegen den Literaten Arthur Müller wegen seines Blattes: „die ewige Lampe", die bekanntlich häufig mit Beschlag belegt worden ist, noch mehrere Anklagen wegen Preß-Vergehen schweben. (A. G. Z.)

— Arnold Ruge, welcher seit anderthalb Jahren in Bremen incognito lebte, ist nun nach England gegangen, da er sich nicht mehr sicher hielt. Die sächsische Regierung verfolgt ihn jetzt sehr ernstlich, er erhielt Wind davon und ging nach London; seine Familie ist vorläufig noch in Bremen, wird ihm bald nach England nachfolgen.

Getreide-Berichte.

Stettin, 28. Juni.

Weizen, auf Lieferung 53—55 Thlr. bez.

Roggen, in loco 27—28¼ Thlr., pro Juni—Juli für 82pfd. 27 Thlr., für 86pfünd. 28½ Thlr., pro Juli—August 27—27¼ Thlr., pro Septbr.—Oktbr. 28½ Thlr., und pro Frühjahr 1851 30½ Thlr. bezahlt.

Gerste, 19—24½ Thlr. bez.

Hafer, 17—19 Thlr. bez.

Erbsen, 28½—38 Thlr.

Rüböl, rohes, pro Juli—August und pro August—Septbr. $10\frac{7}{12}$ Thlr., pro Septbr.—Oktbr. 10½—10¾ Thlr., zuletzt 10⅔ Thlr., pro Oktbr.—Novbr. 10⅔—10¾ Thlr., und pro Novbr.—Dezbr. 10⅔ Thlr. bezahlt.

Spiritus, roher, pro August 26 % bez.

Berlin, 28 Juni.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 50—53 Thlr.

Roggen, in loco 26½—28½ Thlr., pro Juni 26¾ Thlr. Br., 26½ G., pro Juni—Juli 26¾ Thlr. Br., 26½ G., pro Juli—August 26¾ Thlr. Br., 26½ G., und pro Septbr.—Oktbr. 28¾ Thlr. Br., 28½ bez. u. G.

Gerste, große, in loco 21—22 Thlr., kleine 17—19 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 15½—17 Thlr.

Erbsen, Kochwaare 28—32 Thlr., Futterwaare 26—28 Thlr.

Leinöl, in loco 11¼ Thlr. Br., 11 bez., pro Juni—Juli 11 Thlr. Br., 10⅚ G.

Rüböl, in loco 10⅔ Thlr. Br., $10\frac{7}{12}$ G., pro Juni $10\frac{5}{12}$ u. ½ Thlr. bez., 10⅔ Br., $10\frac{7}{12}$ G., pro Juni—Juli $10\frac{5}{12}$ u. ½ Thlr. bez., 10⅔ Br., $10\frac{7}{12}$ G., pro Juli—August 10¾ Thlr. Br., 10⅔ G., pro August—Septbr. 10⅚ Thlr. Br., 10¾ G., pro Septbr.—Oktbr. $10\frac{17}{24}$ u. ⅚ Thlr. bez, 10⅞ Br., 10⅚ G., und pro Oktbr.—Novbr. 10⅞ Thlr. Br., 10⅚ G.

Spiritus, in loco ohne Faß 13⅚ Thlr. verk., mit Faß pro Juni $13\frac{7}{12}$ u. 13⅔ Thlr. bez, 13⅔ Br., $13\frac{7}{12}$ G., pro Juni—Juli $13\frac{7}{12}$ u. ⅔ Thlr. bez., 13⅔ Br., $13\frac{7}{12}$ G., pro Juli—August $13\frac{7}{12}$ a ⅔ Thlr. bez., 13⅔ 13⅔ Br. u. G., pro August—Septbr. 14⅙ Thlr. Br., 14 bez. u. G., pro Septbr.—Oktbr. 14⅙ a ¼ Thlr. bez, 14⅓ Br., 14¼ G., und pro Frühjahr 1851 15 Thlr. bez.

Berliner Börse vom 28. Juni

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw. Anl.	5	105⅞	—		Pomm. Pfdbr.	3½	95⅞	95⅜	
St. Schuld-Sch.	3½	—	—	86a¼	Kur-&Nm.do.	3½	96½	95¾	
Seeh. Präm-Sch.	—	103½	—		Schles. do.	3½	—	95	
K. & Nm. Schldv.	3½	83¾	—		do. Lt. B. gar. do.	3½	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	104¼	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	—	96½	
Westpr. Pfdbr.	3½	90¼	—						
Grosh. Posen do.	4	—	100¼		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	3½	90¾	90¼		And. Gldm. a 5 tlr.	—	12¼	11¾	
Ostpr. Pfandbr.	3½	—	92½		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

Russ. Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	96½	—
do. b. Hope 3 4. S.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	81	—
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	—	130
do. Stiegl. 2 4 A.	4	—	92½		Hamb. Feuer-Cas.	3½	—	—
do. do. 5 A.	4	—	92½		do. Staats-Pr. Anl.	—	—	—
do. v. Rthsch. Lst.	5	—	109¼		Holl. 2½ % Int.	2½	—	—
do. Poln. Schatz O.	4	80⅜	79⅞		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	32¼	—
do. do. Cert. L. A.	5	94¼	93¾		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	17⅔		N. Bad. do. 35 Fl.	—	18	—
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	96½	—					

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr. 18..	Tages-Cours.	Priorit.-Actien.	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B.	4	4	89½ bz. u. G.	Berl.-Anhalt	4	95 bz.
do. Hamburg	4	—	85a⅜ bz.	do. Hamburg	4½	100⅝ bz.
do. Stettin-Stargard	4	—	105½a6 bz. u. B.	do. Potsd.-Magd.	4	92⅝ B.
do. Potsd.-Magdebg.	4	—	62¼ bz.	do. do.	5	101½ bz. u. G.
Magd.-Halberstadt	4	7	138 G.	do. Stettiner.	5	105 G.
do. Leipziger	4	10	—	Magdeb.-Leipziger	4	99 G.
Halle-Thüringer	4	2	65 B.	Halle-Thüringer	4½	98½ G.
Cöln-Minden	3½	—	95⅝a96 bz. u. G.	Cöln-Minden	4½	101¼ bz.
do. Aachen	4	5	39¾ bz. u. G.	Rhein. v. Staat gar.	3½	—
Bonn-Cöln	5	—	—	do. 1. Priorität.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	5	—	79 [illegible]	do. Stamm-Prior.	4	76 B.
Steele-Vohwinkel	4	—	33 B.	Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl. Märkisch	3½	—	83¼a½ bz.	Niederschl.-Märkisch	4	94½ G.
do. Zweigbahn	4	—	—	do. do.	5	104⅛ G.
Oberschles. Lit. A.	3½	6⅛	105⅓ bz. u. G.	do. III. Serie.	5	103 B.
do. Litr. B.	3½	6⅛	103¼ bz.	do. Zweigbahn	4½	—
Cosel-Oderberg	4	—	70¾ G.	do. do.	5	—
Breslau-Freiburg	4	—	72 G.	Oberschlesische	4	—
Krakau-Oberschles.	4	—	69a⅓ bz.	Cosel-Oderberg	5	—
Bergisch-Märkische	4	—	42⅝ bz.	Steele-Vohwinkel	5	97½ B.
Stargard-Posen	3½	—	82⅞ bz.	Breslau-Freiburg	4	—
Brieg-Neisse	4	—	—			
Quittungs-Bogen.		Einz.		**Ausl. Stamm-Actien.**		
Berlin-Anhalt Lit. B	4	90	—	Dresden-Görlitz		—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—	Leipzig-Dresden		—
Aachen-Mastricht	4	30	—	Chemnitz-Riesa		—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische		—
Ausl. Quittgs.-Bogen.				Kiel-Altona		—
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—	Amsterdam-Rotterdam		—
Pesther 20 Fl.	4	90		Mecklenburger		38½ B.
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	40¾a41⅜ bz.			

Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schultz & Comp.

Juni.	Tag	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	28	337,08'''	337,95'''	337,60'''
Thermometer nach Reaumur.	28	+ 10,4	+ 16,6°	+ 12,8°